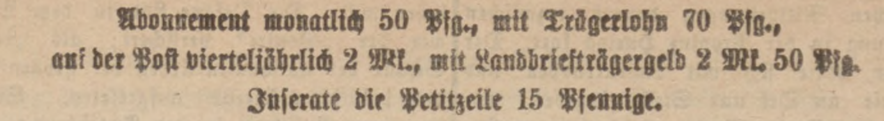
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 8. Februar 1888. Nr. 65.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 7. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 177. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

3 Gewinne von 10,000 Mark auf Nr. 67633 123689 154563.

4 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 39522 44700 48405 168293.

36 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 6465 7507 9918 19550 20419 29763 31638 32894 38622 39737 45103 55499 59584 59696 68105 77339 86806 91098 107033 116102 116351 121080 121451 131826 133342 141840 145339 145560 159554 163180 163364 169965 175555 182186 184689 189087.

42 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 3469 5256 8313 9037 15557 31358 34849 41350 43283 44146 54040 58247 64317 65104 66524 70956 82274 83236 89865 94510 103474 105390 108775 116539 117757 121283 124619 125577 132169 148522 150969 152492 156899 158516 163972 169398 169735- 172455 181168 183160 183433 185400.

40 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 634 10663 13826 17746 24094 27461 28791 30755 31122 46547 49024 52070 53531 55865 74242 77082 80998 82618 88245 93576 94396 96590 100578 106061 112936 115949 117564 121054 150919 152788 154863 155887 156932 158740 163707 167202 173425 174703 178134 185956.

Die Rede des Reichskanzlers.

Die Rede des Fürsten Bismarck bringt eine so große Menge neuen historischen Materials bei, daß die Presse und die öffentliche Meinung noch lange sich damit zu beschäftigen haben werden. Sehr frappant ist, was wir über den Ursprung unseres Vertrages mit Oesterreich erfahren. Im Jahre 1879 richtete Rußland an Deutschland „starke Forderungen, einen Druck auf Oesterreich zu üben, in Sachen, wo Deutschland das österreichische Recht nicht ohne Weiteres angreifen konnte". Es handelte sich vermuthlich um die Besetzung des Limgebietes und die Räumung Ost-Rumeliens. Rußland begann mit Deutschland einen „Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten". Dieser Streit steigerte sich bis zu Drohungen, „bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite". Die Kaiser-Zusammenkunft in Alexandrowo, die bekanntlich Feldmarschall v. Manteuffel vermittelte in durchaus persönlichem Auftrag des Kaisers, wenn auch natürlich nicht ohne Wissen des Reichskanzlers, wie damals die „Nordd. Allgem. Ztg." versicherte —, diese Zusammenkunft konnte die politischen Differenzen etwas mildern, aber nicht begleichen. Es erfolgte die Reise des Fürsten Bismarck nach Gastein und Wien, die Verhandlung des Bündniß-Vertrages und dann die Unterzeichnung desselben durch Kaiser Wilhelm in Baden.

Von ganz besonderem Werthe für die aktuellste Politik sind indessen die Aeußerungen des Reichskanzlers, welche sich auf die Beziehungen zu Oesterreich und Rußland beziehen. Wir heben nach dem stenographischen Berichte noch die folgenden hervor. Fürst Bismarck bemerkte, daß die Kriegsmöglichkeiten für das deutsche Reich in dem Vertrag erweitert sind, „durch die Hinzufügung derer, die Oesterreich ohne sein Verschulden treffen können". Die Stelle, welche sich mit den Rechten Rußlands in Bulgarien beschäftigt, ist so hochwichtig, daß wir sie im authentischen Text nochmals hier folgen lassen. Der Reichskanzler sagte:

. . . Das hält uns aber nicht ab — im Gegentheil, es ist uns ein Sporn mehr, die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.

Zu den Vertragsrechten gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden: ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß Rußland in Betreff Bulgariens erworben haben und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeschlüsse mitvorbereitet und mitunterzeichnet habe, daß wir Alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ost-Rumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des seinem Einflusse anheimfallenden Gebietes um 800,000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuschrauben. In Folge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunächst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals Niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas Anderes würde sein wollen, als ein getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Theil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Theil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht, wer — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältniß entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remediren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alteriren kann. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht, das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu rathen; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist, — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist.

. . . Also das kann ich erklären, daß die Unfreundlichkeiten, die wir in der russischen öffentlichen Meinung, in der russischen Presse namentlich, erfahren haben, uns nicht abhalten werden, sobald Rußland den Wunsch ausspricht, die diplomatischen Schritte diplomatisch zu unterstützen, welche Rußland eben thun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen. Ich sage absichtlich: sobald Rußland den Wunsch ausspricht. Wir sind früher mitunter bemüht gewesen, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen; wir haben aber erleben müssen, daß russische Blätter sich fanden, die sofort nachzuweisen versuchten, daß gerade diese Schritte der deutschen Politik die feindseligsten gegen Rußland gewesen wären, und die uns deshalb angriffen, weil wir den russischen Wünschen vorausgegangen waren in der Erfüllung. Wir haben das auch auf dem Kongreß gethan; es wird uns aber nicht wieder passiren. Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverän zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, Sr. Majestät dem Kaiser zu rathen, daß das geschieht. Dies erfordern die Verträge von unserer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung sein wie sie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältniß und große und gemeinsame monarchische Interessen sowie Interessen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben und dessen Monarch vollständiges Verständniß hat für diese Aufgabe der verbündeten Monarchen.

Daß die Vertragsrechte, welche Fürst Bismarck Rußland zuerkennt, nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden, daß Deutschland bereit ist, auf amtliche Aufforderung die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation beim Sultan als Souverän zu unterstützen, wird hiermit ebenso konstatirt, wie die Ablehnung des Gedankens, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen. Es ist das gegenüber dem unausgesetzten Drängen der russischen Presse auf Vorschläge der Mächte eine Erklärung von offenbar sehr großer internationaler Tragweite, wenn sie auch Rußland schwerlich etwas Neues sagt. Wir verzeichnen folgende Zeitungsstimmen, welche den ersten Eindruck der Rede wiedergeben:

Wien, 7. Februar. Je ausführlicher Fürst Bismarcks Rede bekannt geworden ist, desto machtvoller gestaltete sich ihre Wirkung. Machten schon die ersten kürzeren Auszüge einen ebenso tiefen als ausgezeichneten Eindruck, so steigerte sich letzterer nach dem Eintreffen ausführlicher Berichte bis zum Enthusiasmus. Allüberall beherrschte die Rede vollständig alles Interesse. Sie wird als beruhigend aufgefaßt und geradezu einstimmig von der öffentlichen Meinung dahin interpretirt, daß neuerdings verkündet wurde, Deutschland und seine Verbündeten wollen den Frieden und werden Niemanden angreifen; daß aber auch jedem Angreifer eine dröhnende Warnung zugerufen wurde. Auch in den höchsten Kreisen fand die Rede eine ausgezeichnete Aufnahme. Kronprinz Rudolf sprach vergangene Nacht auf dem Konkordiaball mit Paul Lindau und anderen Herren über dieselbe in den wärmsten Worten; er nannte sie eminent friedlich und bewundernswerth. Ungemein tief berühren die Oesterreich-Ungarn betreffenden innigen Worte des Kanzlers und überaus mächtig wirkt die En-bloc-Annahme der Vorlagen, sowie die imponirende Einigkeit aller deutschen Parteien. Die Aeußerung des Fürsten Bismarck, daß er gewisse Schritte Rußlands in Konstantinopel unterstützen würde, erfährt stellenweise die Deutung, dadurch könnte noch ein Ausweg aus der Krise gefunden werden. Jedenfalls wird dadurch wieder bewiesen, daß Deutschland alles Mögliche an Entgegenkommen behufs einer Verständigung zu thun bereit ist.

Hochinteressant erscheint eine Meldung der „Neuen Fr. Pr.", wonach Generalmajor Grebentschikow, Kommandant des seit drei Jahren in Warschau stationirten Grenadier-Regiments Kaiser Franz Josef, auf speziellen Befehl Kaisers Alexander jetzt nach Wien kommen soll, um sich hier dem kaiserlichen Regimentschef vorzustellen. General Grebentschikow wurde jüngst vom Zaren empfangen und erhielt einen hohen Orden.

Die Gerüchte, daß im März die Delegationen zu einer außerordentlichen Session einberufen werden sollen, werden von guter Seite bestritten.

Wien, 7. Februar. Im Abgeordnetenhause stellten Kloß und Genossen den folgenden Antrag:

„Die Regierung werde aufgefordert, nach gepflogenem Einvernehmen mit Ungarn Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten, welche zur Genehmigung des zwischen beiden Reichen abgeschlossenen Allianzvertrages durch die Volksvertretungen der verbündeten Reiche und zur verfassungsmäßigen Inartikulirung dieses Vertrages in die Grundgesetze des Staates führen sollen."

Wien, 7. Februar. Die „Presse" entnimmt der Rede des Fürsten Bismarck eine größere Friedenszuversicht, als erwartet wurde, wenn sie sich auch auf die eigene militärische Stärke stütze und nicht auf die Harmlosigkeit der Gegner rechne. Die „Deutsche Zeitung" meint, die deutsche Nation werde der Rede des Fürsten bewundernd zujubeln. Das „Neue Wiener Tagblatt" sagt, im Munde Bismarck's klinge der Hinweis auf deutsche Macht gewiß nicht wie Prahlerei. Seine Erklärungen müßten Freund wie Feind die Augen öffnen.

Paris, 7. Februar. Des Reichskanzlers Rede ist hier gestern Abend erst sehr spät eingetroffen, so daß nicht einmal alle Morgenblätter dieselbe besprechen. Bei einigen ist das Urtheil ein offenbar überstürztes. Der friedliche Ton wird keinerseits geleugnet, aber — so wird hinzugesetzt — die Rede sei nicht beruhigend. Besonders scharf drückt das der „Figaro" aus, indem er sagt: „In der Rede ist keine Friedenszuversicht ausgesprochen; es findet sich darin nicht der geringste Ausdruck von Hoffnung in die Zukunft. Dazu enthält der Schluß der Rede einige in den früheren Reden des Reichskanzlers nicht ausgesprochene Phrasen, welche geradezu kriegerisch klingen. Vielleicht enthält jedoch die Rede weniger Angriffe gegen Frankreich, als wir von Fürst Bismarck sonst gewöhnt sind, obwohl auch jetzt Ausfälle auf Frankreichs innere Politik nicht fehlen. Man könnte diese relative Mäßigung des deutschen Kanzlers als ein friedliches Symptom auffassen; aber wir wissen heute nicht mehr über die allgemeine Lage als gestern. Eins ist sicher, daß nämlich nach der Rede des Kanzlers die Lage nicht als verschlimmert angesehen werden darf."

Das russenfreundliche „Journal des Débats" hat zuerst an der Rede allerlei auszusetzen; es beklagt, daß der Vertrag Deutschlands mit Italien noch nicht veröffentlicht ist, und fragt, wozu denn Deutschland überhaupt einen Defensiv-Vertrag mit Italien gebrauche.

London, 7. Februar. Sämmtliche Morgenblätter sprechen sich über die gestrige Rede des Fürsten Bismarck dahin aus, daß dieselbe eine beruhigende Wirkung in Europa ausüben werde, weil sie eine mächtige Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens biete. Die „Times" zollt überdies der Haltung des deutschen Volkes den Tribut der Bewunderung. „Daily Telegraph" sagt, die Zwecke des Fürsten Bismarck verdienten die lebhafte Unterstützung und den herzlichsten Beifall jeden Engländers.

Petersburg, 7. Februar. Die „Neue Zeit" begrüßt die Rede des Fürsten Bismarck sehr sympathisch und sagt, der erste Eindruck derselben sei ein guter und beruhigender; die Rede sei ruhig, selbstbewußt und ohne Zweifel friedlich.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Im Laufe des heutigen Vormittags hörte der Kaiser zunächst die Vorträge des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher und des Polizeipräsidenten Freiherrn v. Richthofen und nahm dann die persönlichen Meldungen des Kommandanten von Torgau, Oberst v. Löwenfeld, des zum Inspekteur der 7. Festungs-Inspektion ernannten Oberstlieutenants Riemann, des Majors v. Voigt, mit der Führung des 2. großherzoglich hessischen Dragoner-Regiments (Leib-Dragoner Regiments) Nr. 24 beauftragt, und mehrerer anderer Stabsoffiziere entgegen. Mittags hatte Se. Majestät eine längere Konferenz mit dem Chef der Admiralität General-Lieutenant v. Caprivi und arbeitete dann auch noch längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinets, General der Kavallerie v. Albedyll. Nachmittags unternahm Allerhöchstderselbe, begleitet vom Flügel-Adjutanten Major v. Bülow, eine Spazierfahrt und empfing nach der Rückkehr von derselben noch zu einer längeren Konferenz den Reichskanzler Fürsten Bismarck. Zum Diner waren heute keine Einladungen ergangen.

— Die Kaiserin besuchte gestern Abend, gelegentlich einer Spazierfahrt, das Augusta-Hospital. Auch am heutigen Nachmittage hatte dieselbe wieder eine Spazierfahrt unternommen.

— Prinz Wilhelm entsprach am gestrigen Nachmittage einer Einladung des Offizierkorps des 2. Garde-Regiments zu Fuß zum Diner nach dem Offizier-Kasino. Am heutigen Mittage fand bei dem Prinzen Wilhelm im Schlosse Empfang statt.

— In der gestrigen Abend-Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages gab gleich bei Beginn der Berathung der Anleihe zum Wehrgesetz der Kriegsminister nähere Mittheilungen über die Forderungen, getrennt nach den hauptsächlichsten Arten der Bedürfnisse, Waffen, Ausrüstungen u. s. w., für das preußische Kontingent und erklärte sich damit einverstanden, daß diese erläuternden Mittheilungen auch dem Plenum gegeben würden. In der Diskussion wurden weitere Mittheilungen von Belang weder gefordert noch gegeben; es bestand Einverständniß mit dieser Art der Behandlung und mit der Bewilligung der geforderten Summen; die Erörterung bezog sich hauptsächlich auf die Berichterstattung an das Plenum, speziell darauf, ob in demselben die der Kommission gemachten Mittheilungen wiederholt werden sollten, und ob eine Spezialisirung des der Kommission vorliegenden Etats nach den einzelnen vom Minister gegebenen Zahlen stattfinden solle. Die Kommission entschloß sich aber nach längerer Diskussion einstimmig zur Bewilligung des Etats in der vorgelegten Form und beauftragte den Abgeordneten v. Huene mit der mündlichen Berichterstattung, in welcher die vom Kriegsminister gegebenen Erklärungen dem Plenum mitgetheilt werden sollen.

— In der spanischen Deputirtenkammer war gestern anläßlich des am Rio Tinto vorgekommenen Konflikts mit dem Militär von den Konservativen ein Tadelsvotum gegen die Regierung beantragt worden. Der Antrag wurde mit 176 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Rio-Tinto ist der fünfzehn Meilen lange Küstenfluß in Andalusien, Provinz Huelva, unfern dessen Mündung in den atlantischen Ozean sich der Ort Pales befindet, von welchem aus

Columbus einst seine erste Seereise antrat. Nach den in französischen Blättern heute vorliegenden telegraphischen Mittheilungen dauert inzwischen die Aufregung in der Provinz Huelva fort. Der Gouverneur hatte sich mit Linientruppen und Gendarmerie an Ort und Stelle begeben, woselbst die bewaffnete Macht einschreiten mußte, um den Kundgebungen ein Ende zu bereiten. Hierbei fanden mehrfache Verwundungen statt. Wie dem „Temps“ telegraphisch mitgetheilt wird, wird in Madrid angenommen, daß die Regierung Maßregeln treffen werde, um der Calcinirung des Kupferminerals im Freien trotz dem Widerspruche der betheiligten Gesellschaften ein Ende zu bereiten.

— Nunmehr bringt die amtliche „Statistische Korrespondenz“ den Nachweis, daß die im Jahre 1886–87 zuerst veranlaßte Erhebung einer Statistik der Zwangsversteigerungen keinerlei Beweis liefert für einen allgemeinen Rückgang der Verhältnisse der Landwirthschaft. Im Gegentheil hat eine Ermittelung der ursächlichen Verhältnisse bei 2835 Versteigerungen landwirthschaftlicher Flächen im Umfang von über 75 Ar ergeben, daß nur in 33 Fällen die „allgemeine ungünstige Lage der Landwirthschaft“ die alleinige Ursache der Zwangsversteigerungen gewesen ist, und daß nur 291 mal diese allgemeinen Verhältnisse als miturfächlich anzusehen sind. Für die erwähnten 2835 Versteigerungen wurden im Ganzen 5469 ursächliche Verhältnisse zusammengestellt. Von der Gesammtzahl dieser Ursachen entfielen:

auf eigenes Verschulden der Besitzer (schlechte Wirthschaft, Trägheit, Arbeitsschen, Trunksucht, Verschwendung, Prozeßsucht u. s. w.)	41,95 pCt.
" freiwillige, ungünstige Gutsübernahme (ungünstigen Kauf, Mangel an Mitteln zur Uebernahme und Bewirthschaftung)	19,55 "
" Familien-Verhältnisse und Krankheit	10,00 "
" geschäftliche Verhältnisse, Geschäftsverluste, Bauten, Betriebseinrichtungen, Spekulationen, Bürgschaften	6,73 "
" Naturereignisse und Wirthschaftsunfälle	6,18 "
" allgemeine ungünstige Lage der Landwirthschaft	5,92 "
" unzweckmäßige Erbregulirung	5,72 "
" Wucher und Uebervortheilung im Handel	3,09 "
" sonstige Ursachen	0,86 "

Die 33 Fälle, in denen die allgemeine Lage der Landwirthschaft alleinige Ursache der Versteigerung war, entfallen sämmtlich auf die östlichen Provinzen Preußens mit Ausnahme eines Falles, der auf Schleswig Holstein kommt. Nicht einmal als „Mitursache“ bei einer Versteigerung herbeigezogen erscheint dieselbe in den Bezirken Hannover, Hildesheim, Aurich, Minden und Wiesbaden. Bezeichnend ist es ferner, daß, wie diese amtliche Statistik nachweist, mit dem Umfange der Besitzungen auch die ungünstige Wirkung der allgemeinen Lage der Landwirthschaft abnimmt und umgekehrt mit der Größe der Besitzungen das eigene Verschulden als Ursache der Zwangsversteigerungen zunimmt.

In Verhältnißzahlen ausgedrückt, nimmt die „allgemeine Lage der Landwirthschaft“ bei den Besitzungen von 50 Hektar und darüber 17,02 pCt, bei denjenigen von 10 bis unter 50 Hektar 7,07, bei den von 2 bis unter 10 Hektar 3,13 und bei denjenigen von 75 Ar bis unter 2 Hektar 2,56 pCt. der sämmtlichen ursächlichen Verhältnisse ein, wohingegen umgekehrt das „eigene Verschulden“ bei der obersten Besitzklasse nur 30,54, bei der zweiten 41,04, bei der dritten 44,71 und bei der letzten 45,23 pCt. der sämmtlichen Ursachen begreift; die bedeutende Betheiligung des größeren Besitzes bei den Zwangsversteigerungen ergiebt sich auch aus folgender Statistik

auf Besitzungen		von der zwangsweise versteigerten Fläche	von der Wirthschaftsfläche des ganzen Staates (Hauptbetriebe)
von 50 Hektar und darüber	pCt.	77,81	45,90
von 10 bis unter 50 Hektar	"	16,21	37,90
von 2 bis unter 10 Hektar	"	5,19	14,68
von 0,75 bis unter 2 Hektar	"	0,79	1,52

Dieser bedeutenderen Betheiligung des größeren Besitzes bei den Versteigerungen entspricht es auch, wenn die östlichen Provinzen, in denen der größere Besitz besonders verbreitet ist, auch einen größeren Antheil an dem Umfange der Subhastationen einnehmen. Von 103,949 Hektar zwangsweise versteigerter Fläche entfielen, wenn man Sachsen den westlichen Provinzen beizählt, 88,84 pCt. auf die sechs östlichen, 11,16 auf die sechs westlichen Provinzen mit Hohenzollern.

— Die Widersetzlichkeit gegen den Erzbischof Dinder scheint auch im polnischen Klerus vor längerer Zeit Ausdruck gefunden zu haben. Auf ein an die Dekane der Erzdiözese Gnesen-Posen vom 27. Oktober v. J., betreffend die Leitung des katholischen Religions-Unterrichts in den Volksschulen, die Benutzung der Schullokale zur Vorbereitung der Kinder für die erste Beichte ꝛc., haben, wie der „Goniec Wielk.“ mittheilt, die Dekane unter dem 19. Dezember ein Antwortschreiben gerichtet, dessen Wortlaut das genannte Blatt, angeblich aus Diskretion, nicht veröffentlichen will. Die Dekane sind in dem Schreiben, wie der „Goniec“ versichert, als „die treue Schaar der nationalen Erben der großen Phalanx des polnischen Klerus“ aufgetreten. Sie haben um einen Aufschub in der Ausführung des Dekrets bis Ostern gebeten und darauf hingewiesen, was sie bereits früher, jedoch vergeblich gethan haben, um die Schulinspektion zu erhalten; sie haben erklärt, daß sie in keinem Falle die Hand dazu bieten würden, daß die Religion als Werkzeug dazu benutzt werde, die polnische Jugend Deutsch zu lehren, wenn auch der Geistlichkeit der Religionsunterricht in der Schule vollständig verwehrt werde.

Magdeburg, 4. Februar. Der hiesige Magistrat hat an die Magistrate aller Städte der Provinz Sachsen, welche eine Einwohnerzahl von mehr als 10 000 Seelen haben, für den 6. Februar eine Einladung zu einer vertraulichen Besprechung über den Gesetzentwurf betreffend die Erleichterung der Volksschullasten ergehen lassen. Falls nämlich der Gesetzentwurf nicht nur für die Volksschulen im engern Sinne, sondern auch für Schulen, welche, ohne Mittelschulen in schultechnischem Sinne zu sein, höhere Lehrziele verfolgen, für Bürgerschulen, mittlere Schulen, gehobene Volksschulen, Geltung haben sollte, würde die Kämmereikasse der Stadt Magdeburg einen Gesammtausfall von nicht weniger als 156,900 M. erleiden. Darum hat der Magistrat sich mit den Vertretern anderer Städte der Provinz, welche in ähnlicher Weise betroffen werden könnten, in Verbindung gesetzt, um mit ihnen gemeinsam den nachtheiligen Bestimmungen des Gesetzes gegenüber Stellung zu nehmen. Die vertrauliche Besprechung, welche möglicherweise zur Einberufung eines allgemeinen Städtetages führen könnte, wird an dem genannten Tage im hiesigen Rathhause stattfinden.

Karlsruhe, 5. Februar. Es bildet einen der schönsten Ruhmestitel der badischen Volksvertretung, daß sie von jeher eine so richtige Würdigung und so weitgehende Rücksichtnahme und Förderung der idealen Bestrebungen der Wissenschaft gezeigt und gern jedes Opfer gebracht hat, um unsere Hochschulen auf der Höhe der ihnen gestellten Aufgaben zu erhalten. Mit diesen Worten hat unser Kultusminister Dr. Nokk bei der Berathung über das Unterrichtsbudget der Zweiten Kammer die wohlverdiente Anerkennung für die auch auf diesem Landtage wieder bewährte Opferwilligkeit für wissenschaftliche Zwecke ausgesprochen. In der That sind es wieder sehr bedeutende Summen, die im ordentlichen wie im außerordentlichen Etat unsere Regierung für die drei Hochschulen des Landes verlangt und die Kammer bewilligt hat; um so beachtenswerther ist es, daß der Berichterstatter, Abgeordneter Fieser, bei der Verhandlung darauf hinwies, daß man mit den jetzt wieder bewilligten Summen an der Grenze des Möglichen angelangt sei, daß namentlich die Zeit der großen Neubauten, der Errichtung kostspieliger Institute als abgeschlossen betrachtet und daß diese Erwägungen den Hochschulen selbst amtlich zur Nachachtung vorgehalten werden müßten. Im weitern Verlaufe der Verhandlung wurde auch der Wunsch geäußert, daß eine größere Genauigkeit hinsichtlich Eröffnung und Schluß der Vorlesungen beobachtet werden möge. Ein Wunsch des Abg. Marbe, die fast nur noch aus Greisen bestehende theologische Fakultät der Universität Freiburg durch Zuzug junger Lehrkräfte zu beleben, dürfte von allen Kennern der einschlägigen Verhältnisse als berechtigt angesehen werden. Mit Entschiedenheit traten die liberalen Redner einer andern Anregung des nämlichen Abgeordneten entgegen, eine katholische Professur der Geschichte in Freiburg zu errichten. Wenn dieses Verlangen nun auch in der Presse scharf angegriffen wird, so mag immerhin daran erinnert werden, daß es in Deutschland noch Hochschulen giebt, an denen satzungsgemäß kein Katholik zum Lehramte zugelassen wird und daß ꝺ vorwiegend protestantische Universitäten wenigstens in der Praxis hinsichtlich der Lehrstühle für Geschichte gegen katholische Dozenten stets ablehnend verhalten. Der Versuch des nämlichen Abgeordneten, eine nachträgliche Auszahlung der während des Kulturkampfes eingestellten Ausstattung des erzbischöflichen Stuhles in Antrag zu bringen, begegnete allseitigem und wohlbegründetem Widerspruch. Sonst darf mit Genugthuung verzeichnet werden, daß die Verhandlungen über Kultus und Unterricht in unserer zweiten Kammer sich von jeder kulturkämpferischen Beredtsamkeit völlig frei hielten, durch deren Bethätigung auf frühern Landtagen oft viele Stunden in Anspruch genommen worden waren. Namentlich gab hierzu diesmal auch der Posten für die Altkatholiken keine Veranlassung; ein Wortführer der Klerikalen begnügte sich mit der ganz kurzen Bemerkung, daß seine Partei dagegen stimmen werde.

Ausland.

Bern, 4. Februar. Die italienische Zollverwaltung hat entgegen der Abmachung, daß der bestehende Handelsvertrag noch bis Ende dieses Monats Geltung haben soll, unter Anwendung des neuen italienischen Generaltarifs seidene Bänder plötzlich mit einer Zuschlagstaxe von 300 Franks belegt.

Bern, 6. Februar. Die Züricher Regierung hat einstimmig beschlossen, gegen den Polizeihauptmann Fischer wegen seiner Indiskretionen nicht weiter vorzugehen.

Der Bau des neuen eidgenössischen Parlaments- und Verwaltungs-Gebäudes ist vom Bundesrathe jetzt endgültig dem Professor Auer in Wien, der sich mitbeworben hat, übergeben.

Die Zahl der vom heiligen Vater letzten Montag empfangenen Schweizer Pilger betrug 608, darunter 74 in Rom ansässige.

London, 4. Februar. Die Londoner Polizei hat sich in der geschickten und unermüdlichen Verfolgung einer kleinen Bande von irisch amerikanischen Dynamitverschwörern soeben Lorbeeren erworben. Anfangs vorigen Sommers kamen, wie jetzt erwiesen, vier Reisende auf einem Dampfer von Amerika in Liverpool an und begaben sich nach London. Einer, welcher sich Oberst Melville nannte, lebte in Saus und Braus in einem der ersten Gasthöfe; seine Genossen, die sich für Geschäftsreisende ausgaben, nahmen mit einfacheren Wohnungen in armen Stadtvierteln fürlieb. Kurz nach ihrer Ankunft starb einer der vier Namens Cohen, und bei der Todtenschau wurde der Verdacht der Polizei durch das Auffinden von Banknoten erregt, die eben jener Melville in Umlauf gesetzt. Letzterer hatte durch sein müßiges Leben und seine Verschwendung schon vorher die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gezogen. Daß Cohen mit Callan und Harkins, die gestern zu je 15 Jahre Zuchthausstrafe verurtheilt wurden, in Verbindung stand, wurde bald erwiesen, und seitdem sind letztere nicht einen Augenblick ohne polizeiliche Aufsicht gelassen worden. Als man ihrer ganz sicher war, wurden ihre Habseligkeiten durchsucht und, obschon die schweren Dynamitklumpen auf mehr oder weniger plumpe Weise beseitigt worden waren, wurden doch Reste des Sprengstoffes vorgefunden; andere Beweise ihrer üblen Absichten wurden aufgefunden und ihre Strafe wird als keineswegs zu streng angesehen. Man vermuthet, daß die Gefangenen besondere Absichten auf das Leben Balfours, des irischen Chief Secretary, gehabt haben. Der Anführer Oberst Melville ist entkommen.

Liverpool ward gestern durch ein Telegramm von Westafrika erschreckt, in welchem es hieß, daß der deutsche Statthalter von Bageida 285 Fässer Palmöl und 1400 Pfund Palmenkerne auf dem Dampfer Sherbro mit Beschlag belegt habe. Der Dampfer fuhr vor einer Woche bei der deutschen Besitzung von Bageida auf den Grund, wurde aber einige Tage später durch den Beistand zweier englischen Dampfer wieder flott gemacht. Der deutsche Statthalter eignete sich mittlerweile obigen Tribut an.

Stockholm, 6 Februar. Das neue Ministerium ist heute ernannt: v. Bildt Staatsminister, Gouverneur Bergström Justiz, Generalintendant v. Palmstjerna Krieg, v. Essen Finanzen, Gouverneur Wennerberg Kultus, Lönegren ohne Portefeuille. Es verbleiben im Ministerium der Minister des Auswärtigen, Graf Ehrenswörd, der Marineminister von Ottern, der Minister des Innern von Krusenstjerna und der Staatsrath ohne Portefeuille Loven.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Februar. Das gestern in Berlin veranstaltete Konzert des Dr. Hans v. Bülow mit dem Philharmonischen Orchester war von 3000 Personen besucht. Herr v. Bülow wurde zum Schluß 8 Mal gerufen. Auch zu dem heute hier im Konzerthause stattfindenden Konzert Dr. v. Bülow's ist die Nachfrage nach Billets eine große.

— Das Auftreten der Schweinepest in Schweden und Dänemark hat Veranlassung gegeben, dieser sehr bösartigen Seuche höhern Orts nähere Aufmerksamkeit zu schenken. Wenngleich sich die Seuche in Deutschland noch nicht gezeigt hat, so erscheint es doch geboten, geeignete Maßregeln gegen eine Verschleppung derselben zu ergreifen und namentlich die Kenntniß der Krankheitserscheinungen, welche an den von der Seuche ergriffenen Schweinen wahrgenommen werden, in möglichst weite Kreise gelangen zu lassen. Zu diesem Zwecke ist ministeriellerseits angeordnet, durch die Landräthe u. s. w. eine kurze Beschreibung derjenigen Krankheitserscheinungen bekannt zu machen, welche das Vorhandensein der Schweinepest, und zwar bei lebenden und bei getödteten oder verendeten Schweinen erkennen lassen.

— Auf Grund der rückwirkenden Kraft des die Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Angehörigen des Landheeres und der Seemacht betreffenden Gesetzes vom 17. Juni v. J. haben diejenigen Wittwen von Offizieren, Aerzten im Offiziersrange und Beamten des Reichsheeres und der Reichsflotte, deren Ehemänner nach dem 1. April 1882 im thätigen Dienste oder als Ruhegehalts- oder Wartegelds-Empfänger verstorben sind und zur Zeit ihres Todes zur Entrichtung von Wittwen- und Waisengeld-Beiträgen nach den Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes verpflichtet waren, vom 1. Juli 1887 Anspruch auf Gewährung von Wittwengeld; ebenso Waisen der vorbezeichneten Militärpersonen, wenn sie am 1. Juli 1887 das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten hatten. Die Anträge auf Anweisung des Wittwen- und Waisengeldes sind baldigst an die Unterstützungs-Abtheilung des Kriegsministeriums zu richten. Werden Waisengelder für Mädchen von mehr als 16 Jahren beansprucht, so ist der Nachweis zu führen, daß diese unverehelicht sind.

— Die Bestimmung der Reichs-Gewerbeordnung, wonach Personen, welche gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgen, bei Eröffnung ihres Gewerbebetriebes der zuständigen Behörde hiervon Anzeige zu machen haben, ist durch ein Urtheil des Reichsgerichts auch auf die sogenannten Rechtkonsulenten, welche bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ihr Gewerbe begonnen und betrieben haben, ausgedehnt worden. Deshalb sollen alle diejenigen, welche die bezeichneten Geschäfte gewerbsmäßig betreiben, aufgefordert werden, ihren Gewerbebetrieb bei Strafvermeidung schleunigst zuständigen Ortes anzuzeigen.

— **Schwurgericht.** Sitzung vom 7. Februar. Anklage wider den Arbeiter Joh. **Möller**, den Schmiedegesellen Karl **Daugs**, den Knecht Karl Aug. **Ehlert** und den Knecht Albert **Dräger**, sämmtlich aus Pasewalk, wegen Landfriedensbruchs. Am 18. September v. J. fand in Bartel's Saal in Pasewalk ein Tanzvergnügen statt. Einige der Theilnehmer blieben dem Grundsatze „Kein Vergnügen ohne Keile“ treu und bald entwickelte sich eine obligate Schlägerei, welche zur Folge hatte, daß mehreren Personen der fernere Aufenhalt im Lokale verboten wurde, darunter auch den Angeklagten Möller und Daugs; diese drangen jedoch bald wieder ein und als sie aufs Neue hinaus befördert wurden, begannen sie aufreizende Reden zu der vor der Thür inzwischen angesammelten Menge zu führen und hatten damit auch den Erfolg, daß diese Menge bald eine drohende Haltung annahm und den Polizei-Sergeant Fuhrmann, welcher sich befleißigte, die Menge zu zerstreuen, thätlich angriff. Es wurde ein Stein-Bombardement gegen den Beamten und die diesen unterstützenden Personen eröffnet; Fuhrmann wurde dabei von Steinen im Gesicht und Rücken getroffen, wobei erwiesen, daß Dräger einen Wurf gegen ihn vollführt. Sodann drang die Menge weiter auf den Beamten ein, derselbe fiel zu Boden und es wurde ihm von Ehlert der Säbel fortgerissen, von einem Anderen der Helm vom Kopfe geschlagen und als er sich schließlich ins Haus zurückzog, wurden Thüren, Fenster und Laternen zertrümmert. Erst als eine Militärpatrouille zugezogen war, gelang es, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Als Rädelsführer der ganzen Sache hatten sich heute die vier obigen Angeklagten zu verantworten und wenn sie auch den ganzen Vorgang ziemlich harmlos darzustellen suchten, so konnten sie doch ihre thätliche Betheiligung nicht leugnen. Das Verdikt der Geschworenen lautete auch gegen sämmtliche Angeklagte auf Schuldig, doch wurden denselben mildernde Umstände zugebilligt und demgemäß Möller zu 1 Jahr, Daugs zu 9 Monaten, und Ehlert und Dräger zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, auch wurde sämmtlichen Angeklagten ein Theil ihrer Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt angerechnet.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Dritter Zyklus historischer Opern-Abende. Fünfter Abend. „Tell.“

Vermischte Nachrichten.

— (Herr Staatsanwalt, freuen Sie sich!) Ein Staatsanwalt hat geheirathet. Sowie die Heirathsanzeige erscheint, stellt sich ein Lebensversicherungsagent bei ihm ein und hält ihm die bekannte Rede von der Verpflichtung des rechten und gerechten Hausvaters, sein Leben zu versichern. Der Staatsanwalt lehnt das Geschäft ab mit dem Bemerken: „Da steuert man oft 20 bis 30 Jahre bei und stirbt man, dann sagt Ihre Gesellschaft: Der Kerl hat sich entleibt oder zu Tode getrunken, und zahlt nicht.“ Der Agent zieht betrübt ab. Während der Flitterwochen des Anwalts führt aber die Versicherungsgesellschaft die sogenannten unanfechtbaren Polizen ein. Und eben feiert der Staatsanwalt an der Seite seines Weibes, in den schönen Anlagen der Stadt lustwandelnd, das Jubiläum seiner einmonatlichen Ehe, als der Agent auf ihn zustürzt mit den Worten: „Herr Staatsanwalt, freuen Sie sich, jetzt können Sie sich erschießen, erhängen oder zu Tod trinken, schadet Ihnen nichts mehr — wir zahlen!“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 7. Februar. Der Erzherzog Otto und seine Gemahlin, die Tochter des Prinzen Georg, trafen heute früh hier ein.

München, 7. Februar. Wie die „Allg. Ztg.“ meldet, hat der Prinzregent dem preußischen Finanzminister von Scholz das Großkreuz und dem elsaß lothringischen Unterstaatssekretär Schraut das Komthurkreuz des Verdienstordens der baierischen Krone verliehen.

San Remo, 7. Februar. Der Zustand des Kronprinzen ist heute gegen gestern unverändert; die Anschwellung im unteren Theile des Kehlkopfes hat sich weder vergrößert noch abgenommen.

Petersburg, 7. Februar. Der hiesige belgische Gesandte Graf Errembault de Dudzeele ist gestorben.

Der Botschafter Graf Schuwalow ist gestern nach Berlin abgereist.

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 7. Februar. Im Hafen 0,71 Meter, im Revier 17 Fuß 11 Zoll. Wind: SSW. — **Posen**, 6. Februar. Warthe: 1,72 Meter. — **Breslau**, 6. Februar. Oberpegel 4,50 Meter, Mittelpegel 2,92 Meter, Unterpegel 0,20 Meter unter Null.